

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Stellungnahmen der Verwaltung zu den Fraktionsanträgen zum Haushaltsplan 2009

Bezug: Vorlage 411/2008 Anträge der Gemeinderatsfraktionen
Anlagen: 0 Bezeichnung:

Die Verwaltung hat mit den beiden Änderungslisten 410 und 410a/08 die Haushaltsansätze im erforderlichen Umfang korrigiert. Sie sieht aktuell noch kein Erfordernis für weitere Änderungen und nimmt im Folgenden nur zu den Positionen Stellung, bei denen sie einen besonderen Erläuterungsbedarf sieht. Die Seitenangaben beziehen sich auf die erste Spalte der Vorlage 411/08 bzw. auch auf den Haushaltsplan 2009.

1. Bewirtschaftungskosten 5480 allgemein

Die Bewirtschaftungskosten setzen sich aus folgenden Einzelkosten zusammen:

Energiekosten, Entsorgungsgebühren aller Art (wie z.B. Abfallgebühren, Chemieabfälle von Schulen, Leerung von Ölabscheidern, Sondermüll, etc.), Laufende Kosten der Brandmelde- und Einbruchsmeldeanlagen, Schornsteinfegergebühren, Leuchtmittel, Schädlingsbekämpfung. Ab 2009 sind zusätzlich Wartungskosten enthalten.

Durchschnittlich 88 % der gesamten Betriebskosten sind Energiekosten. Rd. 61 % der Energiekosten werden im 1. Quartal kassenwirksam, betreffen somit zu 100 % das Vorjahr. Die übrigen 39 % der Energiekosten werden im Laufe der restlichen 9 Monate fällig und betreffen durchschnittlich 5 Monate des laufenden und 7 Monate des Vorjahres.

Wenn man annimmt, dass der Energiepreis 2009 nicht steigt und davon noch 39 % der Kosten für 5 Monate betroffen sind, könnte die veranschlagte Energiepreissteigerung um 0,43 % auf 2,57 % reduziert werden. Eine Reduzierung der Bewirtschaftungskosten um 0,43 % des Energiekostenbudgets 2009 entspricht rd. 13.460 €.

Zu beachten ist bei einer Reduzierung jedoch noch die witterungsbedingte Schwankung der Heizenergiekosten, welche durchaus 100.000 €/Jahr und mehr ausmachen kann. Angesichts der beschriebenen geringen Auswirkungen in der Jahresabgrenzung und der großen Witterungsschwankungen schlägt die Verwaltung vor, die Ansätze zu belassen.

2. S. 157 Bewirtschaftungskosten bei Hhst. 1.2340.5480.000 - Wildermuth-Gymnasium

Die Fernwärmerechnung wird im Januar für das Vorjahr fällig. Sie macht durchschnittlich rd. 65 % der veranschlagten Betriebskosten aus. Für Strom, Wasser und die übrigen Betriebskosten (Auflistung siehe zu 1.) sind 2009 keine Preissteigerungen aber auch keine Einsparungen veranschlagt. Strom wird im Juli kassenwirksam (Abrechnung zum 30.06.). Er macht rd. 14,3 % des Betriebskostenbudgets aus. Die erwartete Einsparung der Heizkosten aus der Sanierung kann damit erst 2010 kassenwirksam werden. Die tatsächliche Höhe der sich aus der Sanierung in 2010 kassenwirksam ergebenden Einsparungen an Heizenergie kann erst zum Ende der soeben begonnenen Heizperiode aus den bis dahin abgelesenen Verbräuchen errechnet werden.

Für ab 2009 enthaltene Wartungskosten für Feuerlöscher, RWA-Anlage und Brandmeldeanlage sind 5.100 € (bis 2008 im SN2 enthalten) veranschlagt.

Eine Reduzierung des Ansatzes erscheint deshalb aus heutiger Sicht erst in 2010 möglich.

Die durch ebök im Jahre 2007 berechnete Einsparung des Wärmeverbrauchs liegt bei rd. 57 %. Dies entspricht ab 2010 zu erwartenden Einsparungen in Höhe von rd. 52.000 € jährlich.

3. S. 180 Bewirtschaftungskosten bei der Hhst. 1.3210.5480.000 - Kunsthalle

Die Fernwärmerechnung wird im Januar für das Vorjahr fällig. Sie macht durchschnittlich rd. 50 % der veranschlagten Betriebskosten aus. Stromkosten werden monatlich abgelesen und in Rechnung gestellt. Sie schlagen mit rd. 37,5 % der gesamten Betriebskosten zu Buche. Die restlichen 12,5% der Betriebskosten teilen sich auf die unter 1.) genannten übrigen Betriebskostenpositionen auf.

Ab 2009 sind für die Wartung der Brandmeldeanlage, der Feuerlöscher und der RLT-Anlage zusätzlich 42.200 € (bis 2008 im SN 2 enthalten) veranschlagt.

Auf die Erhöhung der Fernwärmekosten kann bei diesem Unterabschnitt trotz Vorjahresabrechnung nach heutigem Kenntnisstand verzichtet werden. Der Ansatz kann damit um 7.800 € auf 127.700 € reduziert werden.

4. S. 110 Projektmittel beim UA Integration

Für die Erarbeitung der Gesamtkonzeption "Integration" und in diesem Rahmen für das weitere Beteiligungsverfahren sind die Projektmittel in der Höhe des Ansatzes erforderlich.

5. S. 122 Werbemaßnahmen Erstwohnsitzer

Mit den Werbemaßnahmen verfolgt die Verwaltung mehrere Ziele:

1. Gutscheinheft (in Kooperation mit der WIT) und Begrüßungsabend „Theater zum Start“

Bürgerinnen und Bürger, die neu in der Stadt sind, sollen einen möglichst positiven ersten Eindruck von Tübingen bekommen und sich rasch einleben können. Das Gutscheinheft und der Begrüßungsabend stoßen auf sehr gute Resonanz und sind Sympathieträger für eine offene, freundliche Stadt.

2. „Großer Markt der Vereine“ am Begrüßungsabend

Rund 50 Vereine, Initiativen und Organisationen nutzten den Begrüßungsabend als Gelegenheit, sich zu präsentieren und für sich zu werben. Die Resonanz ist auch hier sehr groß und äußerst positiv. Das bürgerschaftliche Engagement wird gestärkt.

3. **Chipkartenaufdruck „Erstwohnsitz anmelden“ auf den Studentenausweisen**

Um die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer zu optimieren, müssen die Studierenden auch künftig regelmäßig auf ihre Meldepflicht hingewiesen werden. Mit keinem anderen Medium kann die Zielgruppe so effektiv erreicht werden wie mit dem Studentenausweis. Deshalb sollte der Aufdruck „Erstwohnsitz anmelden“ mit dem Hinweis auf die Internetseite mit weiteren Informationen auch künftig beibehalten werden. Im Übrigen hat die Universität die Chipkarten für die Jahre 2009 und 2010 bereits im August 2008 bestellt, eine Teilbestellung für die Stadt war nicht möglich. Da eine Vertragsbindung besteht, muss der Mittelabfluss für 2009 und 2010 gewährleistet werden. Für 2011 ff könnte neu verhandelt werden.

6. S. 180 Zuschüsse an die Stiftung Kunsthalle

Der Vertrag der Stadt mit der Stiftung Kunsthalle sieht eine Neuverhandlung nach jeweils drei Jahren vor. Am 27.10.05 hat der KUSS beschlossen, die Vereinbarung unverändert um weitere drei Jahre zu verlängern. Es stehen also Neuverhandlungen für die Jahre 2009, 2010 und 2011 heran. Diese Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. So lange keine Ergebnisse vorliegen, kann jedenfalls nicht weniger ausgezahlt werden, als der Planansatz 2008.

Die Erhöhung des Planansatzes beträgt von 2008 auf 2009 20.000 EUR. Die Verwaltung hält dies weiterhin für sachgerecht.

7. S. 234 Personalausgaben

Die zusätzlichen Personalausgaben werden benötigt um die Datengrundlage für die Einführung im Jahr 2010 fortzuschreiben. Den Ausgaben stehen Ersätze des EBT gegenüber.

8. S. 307 Geschwindigkeitsmessanlage Kilchberg

Bei der Ortsvorsteherbesprechung wurde vereinbart, dass die Verwaltung in 2009 mehr Messungen durchführen lassen wird um eine bessere Datenlage zu erhalten. Es erscheint sinnvoll, die Ergebnisse der Messungen abzuwarten und diesen nicht durch Installierung der Anlage bereits in 2009 vorzugreifen.

9. S. 373 Güterbahnhof

Nach einer Auftaktveranstaltung mit Aurelis und Bahn am 02.12.2008 ist konkret vorgesehen, den Güterbahnhof in den kommenden Jahren zu entwickeln. Planungs- und Gutachtenaufwand für die Entwicklung sollen nach derzeitigem Stand weitgehend durch die Eigentümer finanziert werden. Zur Entwicklung müssen jedoch die Rahmenbedingungen von Seiten der Stadt geklärt und entsprechende Beratungsleistungen finanziert werden, um gegenüber der Bahn und der Aurelis als gleichberechtigter Partner auftreten zu können.

10. lfd. Nr. 3 des Stellenplans

Alle Stellen beim UA 0550 Gleichstellung sind besetzt. Über diese Stellen (oder Stellenanteile) kann daher nicht verfügt werden.